

KURZ UND PRÄGNANT

Multi-Arena: Erfurt setzt klares Zeichen

Zur 6,2 Millionen Euro-Forderrungsklage des Generalunternehmers der Multifunktionsarena Erfurt gegen die Stadt begrüßte es MdL Dieter Hausold, „dass Erfurt ein klares Zeichen setzt und nur erbrachte Leistungen statt Fehlleistungen finanzieren will. Die Bauverzögerungen sind nicht allein der Stadt zuzuschreiben, die Einnahmeverluste durch abgesagte Veranstaltungen lasten jedoch voll auf Stadt und Land. In zahlreichen Sitzungen hat sich auch der Wirtschaftsausschuss des Landtags mit diesem Thema beschäftigt. „Dabei war es äußerst unbefriedigend, dass sich aufgrund mangelnder Bauausführung die Übergabe der Arena an die Betreibergesellschaft immer wieder verzögerte. Aus unserer Sicht ist es auch wichtig, dass dieser gesamte Prozess analysiert wird, um künftige Projekte von Beginn an anders und besser zu konzipieren.“

DIE LINKE hatte vollkommen zu Recht hinterfragt, ob Rot-Weiß Erfurt in der Lage sein wird, die finanziellen Forderungen im Nachgang eines so umfassenden Umbaus zu tragen. Unsere Skepsis hat hier leider Bestätigung gefunden. Wir sind jedoch froh, dass es immerhin von der Multifunktionsarena als Kongressstandort gute Nachrichten gibt und die Auslastung deutlich über den Erwartungen liegt. In diesem Sinne hoffen wir, dass sich trotz des holprigen Starts die investierten Mittel mittelfristig für Erfurt und Thüringen auszahlen werden“, so Dieter Hausold. ■

Szenische Collage zu Käthe Kollwitz

Gemeinsam mit der „Brennesel“, dem Erfurter Zentrum gegen Gewalt an Frauen, veranstaltet die Fraktion DIE LINKE anlässlich des 150. Geburtstages von Käthe Kollwitz eine szenische Collage.

Die Veranstaltung, für die die Gleichstellungspolitik der Linksfraktion, Karola Stange, ein hohes öffentliches Interesse wünscht, findet am Freitag, den 11. August, in der Zeit von 18 bis ca. 20 Uhr im Haus Dacheröden in Erfurt statt. Sie trägt den Titel „Es fiel ein Schuss in Sarajewo“. In Ausschnitten vermittelt die Autorin und Schauspielerin Lore Seichter-Muráth den Werdegang der weltberühmten Bildhauerin und Zeichnerin. Aus Tagebuchaufzeichnungen, poetischen Textpassagen, a capella gesungenen Liedern, Werkbeschreibungen und Gedichten webt sie einen faszinierenden Spannungsbogen bis hin zum auch für die Künstlerin schicksalhaften Beginn des Ersten Weltkrieges. ■

Einwanderungskonzept: CDU mit Schaum vorm Mund

Wie ein integrationspolitischer Sprecher die soziale wie politische Inklusion verteufelt

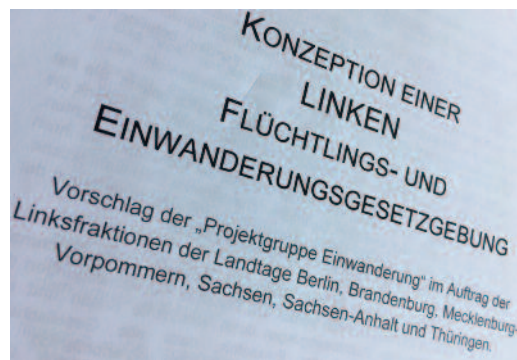
Nachdem Susanne Hennig-Wellsow in der Thüringischen Landeszeitung (v. 27.7.) das von den sechs LINKE-Fraktionschefs der ostdeutschen Landtage vorgelegte Diskussionspapier für ein Flüchtlings- und Einwanderungsgesetz vorgestellt hatte, reagierte der migrations- und integrationspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Herrgott, mit den Worten: „Was Politiker der LINKEN hier vorgelegen, ist nichts anderes als ein Programm zur Demontage der Bundesrepublik Deutschland, wie wir sie kennen.“

Nach Ansicht Herrgotts würde die vorgeschlagene Migrations- und Integrationspolitik „einen nie gekannten Zuwanderungsstrom auslösen, in wenigen Jahren zu einer durchgreifenden Veränderung des deutschen Staatsvolks führen und die derzeitigen Steuer- und Sozialabgabenzahler partiell enteignen. Unser Land mit all seinen Errungenschaften, für die unsere Menschen hart gearbeitet haben, würde damit abgeschafft“, sagte er.

Dazu erklärte Sabine Berninger, Sprecherin der Linksfraktion für Migrationspolitik: „Diese Reaktion sagt tatsächlich viel über den Charakter und das politische (Sach-)Verständnis des

Abgeordneten Herrgott aus. Vielleicht hätte er das linke Einwanderungskonzept ein zweites Mal und ohne den sprichwörtlichen Schaum vor dem Mund lesen und sich mit jemandem beraten sollen, der sich damit auskennt.“

Von einem migrations- und integrationspolitischen Sprecher müsse man eigentlich eine sachliche Auseinander-



setzung mit der Thematik erwarten können, „nicht die Übernahme der Entfremdungs- oder ‚Umvolkungs‘-Rhetorik der AfD oder das An-die-Wand-Malen irgendwelcher Schreckensbilder vom Untergang der Bundesrepublik“, so Sabine Berninger weiter. Auch die CDU sollte endlich zur Kenntnis nehmen, dass sich die Erde dreht und die

Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland ist. Ein Einwanderungsland, das Zuwanderung braucht und immer schon von Zuwanderung profitiert hat. Das allerdings politisch und administrativ auf diese Situation immer noch nicht eingestellt ist. Mit dem Einwanderungskonzept werde weder, wie von Herrgott beschworen, der Sozialstaat abgeschafft, noch andere Errungenschaften der modernen Gesellschaft.

„Wir wollen das Asylverfahren sozialer und fairer gestalten – und dazu gehört selbstverständlich die Anerkennung von Fluchtgründen. Es ist heuchlerisch, ständig von Beseitigung der Fluchtursachen zu tönen, diese den geflüchteten Menschen aber abzusprechen. Zudem sollen Zuwanderer von vornherein an der Gesellschaft teilhaben, also

auch durch die Möglichkeit der Erwerbsarbeit die Gesellschaft mitgestalten. Wie ein integrationspolitischer Sprecher einer christlich-demokratischen Partei die soziale wie politische Inklusion hier lebender Menschen verteufeln kann, erschließt sich uns nicht“, betonte Sabine Berninger. ■

Zu „Märchen-Brandner“ (AfD): Keine Diäten gepfändet

Zu den Äußerungen des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner auf Twitter „AfD-Abgeordneter #Brandner lässt #Diäten von Linken-Abgeordneter #König pfänden“ und einer ähnlich lautenden Pressemitteilung teilte die Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Diana Glöckner, am 28. Juli mit:

Weder hat Stephan Brandner die Diäten von Frau König-Preuss pfänden lassen, noch stimmen andere Behauptungen in seinem Beitrag. Katharina König-Preuss hat sämtliche Kosten bezahlt.

Hintergrund ist ein Rechtsstreit seit 2016, in dem Brandner in einer Landtagssitzung wahrheitswidrig behauptet hatte, Frau König-Preuss würde „Sachen, Polizeiautos und Barrikaden anbrennen“.

In erster Instanz hat das Landgericht Erfurt unter Androhung von 250.000 Euro Geldstrafe oder bis zu sechs Monaten Ordnungshaft Herrn Brandner diese Äußerungen untersagt. In der zweiten Instanz änderte das Oberlandesgericht Jena das Urteil aus verfahrensrechtlichen Gründen ab, nicht aus materiell-rechtlichen Gründen.

Das Gericht hat ausdrücklich nicht gesagt, dass Brandner diese Behauptungen verbreiten darf. Um diese Äußerungen zu rügen, sei wegen der besonderen Indemnität nicht der zivil-

rechtliche Weg, sondern das Parlament zuständig, das war der Knackpunkt. Der juristische Streit ist noch nicht beendet, da sich auf Frau König-Preuss Antrag hin derzeit der Thüringer Verfassungsgerichtshof mit der für die weiteren parlamentarischen Debatten bedeutsamen Materie befasst und hierzu eine Entscheidung treffen wird.

Es ist falsch, wie Herr Brandner verbreitet, dass er Frau König-Preuss' Diäten habe pfänden lassen, er hat lediglich einen Antrag gestellt. Richtig ist, dass Katharina König-Preuss die bisherigen Kosten des Verfahrens an den AfD-Abgeordneten Brandner überwiesen hat. Allerdings nicht wie von ihm behauptet, nach über einem Jahr des Wartens, denn die Kostenfestsetzungsbeschlüsse des Gerichts sind erst im März und April 2017 zugestellt worden. Brandner hatte im Juni eine Gerichtsvollzieherin beauftragt, ohne ein einziges Mal Frau König-Preuss außergerichtlich zur Zahlung aufzufordern.

Zum Hintergrund: Nach Paragraph 55 Abs. 1 der Thüringer Verfassung werden Abgeordnete in ihren Äußerungen geschützt. Nur dann, wenn verleumdende Beleidigungen eintreten, könne der Schutz entfallen. Die konkrete Behauptung, dass Frau König-Preuss „Sachen, Polizeiautos und Barrikaden anbrennt“ hätte laut dem Vorsitzenden Richter am OLG „keinen konkreten, einer Beweisaufnahme zugänglichen

Charakter“ für eine Tatsachenbehauptung, da weitere Angaben wie das „Wann, Wo, Wieviele und Wieso“ fehlen würden. Es wäre daher nicht als Tatsachenbehauptung, sondern als eine „durch nichts belegte Verdachtsäußerung“ einzustufen, die im Kontext der „unflätigen“ Ausfälle Brandners zu sehen seien, so das Gericht. Im Ergebnis bleibe dadurch die Indemnität aufrecht und das Gericht nicht zuständig, sondern die Geschäftsordnung des Landtages. Weil gerade diese Argumentation zu einer weiteren Verschärfung der Debattenkultur im Thüringer Landtag durch falsche Tatsachenbehauptungen und Beleidigungen durch die AfD führen würde, die außerhalb des Landtages strafbar wären, hat Frau König-Preuss eine Überprüfung durch das Verfassungsgericht eingeleitet.

Welche praktische Relevanz die Klärung in dem sich überschneidenden Bereich von Parlaments-, Straf- und Zivilrecht hat, beweist vor allem Herr Brandner selbst: Er ist nicht nur der einzige Abgeordnete in dieser Wahlperiode, der wegen anhaltender Ordnungsrufe aufgrund von Beleidigungen u.a. durch den Landtagspräsidenten oder seine Vertreter aus einer Landtagssitzung rausgeworfen werden musste, er hat es sogar zweimal geschafft. Damit hat er sich unrühmlich in der Geschichte des Thüringer Landtages verewigt. ■